

Zwischen normativem Wandel und Zementierung:

Klassifikationskämpfe um Erwerbslosigkeit angesichts
gegenwärtiger Krisen

Ruth Manstetten

Jahrestagung der DGS-Sektion Sozialpolitik

26.-27.06.2023, Technische Hochschule Köln

Fragestellung

Inwiefern findet angesichts gegenwärtiger Krisen ein normativer Wandel in Bezug auf die Bewertung von Erwerbslosigkeit in Deutschland statt?

Hintergrund

- Kontinuitäten von abwertenden Diskursen über Erwerbslose in Deutschland: Kulmination moralischer Zuschreibungen in pejorative Sozialfiguren vom sogenannten 'Arbeitsscheuen' im Nationalsozialismus über den 'Faulenzer' in der Nachkriegszeit bis zum 'Sozialtouristen' (vgl. z.B. Uske 1995, Wogowa 2000, Oschmiansky 2003, Lehnert 2009, Lelle 2022)
- Wechselseitige Beeinflussung von sozialstaatlichen Kategorisierungen und Sozialfiguren in öffentlichen und medialen Diskursen (Bspw. sichtbar am Begriff des „Hartzers“ oder auch Sanktionen als Mittel gegen ‚Schmarotzertum‘, etc.).
- Klassifikationsakte als eine der in der Alltagswelt direkt spürbare Form sozialer Ungleichheit (vgl. Neckel 2003: 163).
- Neue Bewertungen von Erwerbslosigkeit angesichts gegenwärtiger Krisen?
 - Beispiel Coronapandemie: Durch pandemiebedingte Schließungen wurden viele Menschen erwerbslos und das Bild von Erwerbslosigkeit als vermeintlich selbstverschuldeter Lage bröckelte, während zugleich Vulnerabilitäten und Abhängigkeiten vermehrt ins öffentliche Bewusstsein rückten .
 - **→ Inwiefern schlägt sich das in einem normativen Wandel in Bezug auf die Bewertungen von Erwerbslosigkeit nieder?**

Methodische Umsetzung

Zwei Zugänge *nebeneinander*:

1. Politisch-parlamentarische Ebene: Analyse von **sechs Bundestagsdebatten** zwischen März 2020 und November 2022 zu Coronahilfen und Bürgergeld, als Orte, an denen ein argumentatives Ringen um Klassifizierungen von Erwerbslosigkeit stattfindet und normative Horizonte offengelegt werden.
2. Subjektorientierte Ebene: Analyse von **25 qualitativen Interviews** mit unterschiedlich positionierten Erwerbslosen aus den Jahren 2020-2022 im Hinblick auf die Frage nach dem Umgang mit und der Kritik an gesellschaftlichen und sozialpolitischen Kategorisierungen von Erwerbslosigkeit.

Auswertung in Anlehnung an die ***Situationsanalyse*** nach Adele E. Clarke (2005, 2012), die es erlaubt, die Bedeutung von Diskursen, Institutionen, menschlichen und nichtmenschlichen Akteuren und ihre Verschränkungen in spezifischen Situationen zu analysieren.

Beispiele aus einem Interview, April 2020:

Ich wusste nicht, wie ich den nächsten Monat überlebe. Das war eine absolut existentielle Situation.



Künstlerin, 56, deren Einkommensquellen durch Corona weggebrochen sind

Also man muss beim Amt alles offenlegen, das ist unglaublich. Dieses die Unterhosen ausziehen ist so widerlich in dieser Situation, dass ich das nicht machen möchte. Das ist so unangenehm.

Was im Kunst- und Kulturbereich stattfindet, sind extrem wichtige gesellschaftliche Prozesse (...), das ist die Grundsubstanz, um mündige, wache, lebendige Menschen zu entwickeln, damit dann irgendwie im Kant'schen Sinne selbstbestimmt auch weiterdenken können.

→ Umgang mit Klassifizierungen entlang der Erwerbsarbeitsnorm:

- Betonung ihrer Nicht-Zugehörigkeit zu Grundsicherungsempfängenden
- Nicht-Inanspruchnahme von Grundsicherung, stattdessen Aktivierung von Netzwerken und klassenspezifischen Ressourcen
- Rechtfertigung der eigenen "Deservingness" anhand der Relevanz des Beitrags, der für die Gesellschaft geleistet wird, unabhängig vom gegenwärtigen Erwerbsstatus

„Die vergessenen Künstler*innen“ als potentielle Erwerbslose

→ *Medialer Diskurs greift Motiv der ‚Unzumutbarkeit‘ von Hartz IV für Künstler*innen und Selbstständige auf*



Die Welt,
15.10.2020



Der Spiegel,
7.11.2020

Wer den Mut aufbringt, sich selbstständig zu machen, darf am Ende nicht alleingelassen werden (...). Hartz IV zu beantragen ist mit einer großen Stigmatisierung verbunden.

Wir können doch nicht dabei zusehen, wie diejenigen, die das kulturelle Leben in unserem Land ausmachen, massenweise in die Grundsicherung fallen.

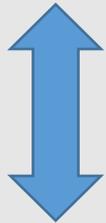
- Anerkennung der stigmatisierenden Wirkung von Hartz IV
- Inhärente Unterscheidungen zwischen Menschen, denen die stigmatisierende Kategorisierung als Hartz IV- Empfänger*innen zumutbar ist und Menschen, die mehr zum Gemeinwohl beitragen, denen das nicht zumutbar ist.
 - Führt zu einer Unterscheidung von zwei „Klassen“ von Erwerblosen während der Coronapandemie: Neuen und alten Erwerbslosen

Bundestagsdebatten ums Bürgergeld 2020-2022

Häufige Personifizierungen von potenziell Leistungsbeziehenden:

Kritik

**Von links:
Noch Hartz
IV?**



**Von rechts:
Schon BGE?**

- **„Soloselbstständige und Künstler*innen“** → Betonung, dass es ‚jede*n‘ treffen kann, nicht nur Angehörige unterer Klassen und man den Menschen ihr Ersparnes nicht „wegnehmen“ dürfe
- **„Menschen in Not“** → suggeriert, dass es sich um einen kurzzeitigen Zustand handelt, in dem Hilfe moralisch geboten ist
- **„Hartnäckige Fälle“** → rechtfertigen weiterhin Sanktionen und Maßnahmen zur „Aktivierung“
- **„Fleißige Verkäuferinnen“** → drohen bei hohen Bürgergeldsätzen Arbeitsanreize zu verlieren und selbst Bezieher*innen zu werden, sind Betroffene eines „Gerechtigkeitsproblems“
- **„Fachkräfte von morgen“** → müssen qualifiziert und aktiviert werden

→ „Wording“ hat sich verändert, stark stigmatisierende Begriffe wie „Parasit“, „Faulenzer“, etc. tauchen in den Bundestagsdebatten nicht auf

→ Darstellung des Verhältnisses von Mensch und Arbeit: Einerseits wird der arbeitende Mensch als gemeinhin glücklicher, selbstbestimmt und unabhängig gezeichnet, andererseits als träges Wesen, das sich der Arbeit entzieht, wo immer sich die Gelegenheit bietet. → Ein paternalistisch auftretender Staat tut den Menschen etwas Gutes, indem er sie weiterhin in die Erwerbsarbeit drängt.

Das Ringen um Klassifikationen von „oben“ und von „unten“

*Was fällt bei einer parallelen Analyse der (Neu-)Verhandlungen von Erwerbslosigkeit einerseits von erwerbslosen Interviewpartner*innen und andererseits von der regierenden Ampelkoalition in Bundestagsdebatten um die Einführung des Bürgergelds auf?*

Welche Forderungen und normativen Bezugspunkte, die seitens unterschiedlich positionierter Betroffener artikuliert werden, finden Entsprechungen in parlamentarischen Debatten und Aushandlungen?

Wo gibt es Hinweise auf einen normativen Wandel?

*→ es folgt eine **exemplarische Darstellung** anhand ausgewählter Fälle*

Klassifikatorische Kämpfe „von unten“: Wunsch nach kategorialen Aufstieg

Interviewte



Künstlerin, 56, deren Einkommensquellen durch Corona weggebrochen sind

Forderung:
Entlassung aus der Kategorie der Grundsicherungsempfängenden „nach oben“

Normative Bezüge:
Gesellschaftliche Beiträge, Leistung, Kreativität

Verhandlungen im Bundestag



„Wir haben in der Krise erlebt, wie das ist, wenn Künstler*innen und Soloselbstständige auf einmal in Not geraten und dann ihr Ersparnis aufbrauchen müssen. Das ist eine Frage des Respekts vor Lebensleistung. Leistung muss sich lohnen“
(Hubertus Heil, SPD, zum Thema Karenzzeit und Schonvermögen, 10.11.22)

Ergebnis der Debatten/Niederschlagung in Bürgergeld:

Höhere Schonvermögen und spätere Überprüfung der Angemessenheit des Wohnraums

- Ängste aus der Mittelschicht werden adressiert, normative Bezüge entsprechen sich
- Trennung zwischen ‚neuen‘ und ‚alten‘ Arbeitslosen wird fortgeführt
- Dennoch kein kategorialer „Aufstieg“ für ‚neue‘ Arbeitslose, aber von Hartz IV zu Bürgergeld.

Klassifikatorische Kämpfe „von unten“: Wunsch nach kategorialem Einschluss

Interviewter



Said, Geflüchteter, war im Kirchenasyl, kein Anspruch auf Grundsicherung

Forderung:
Aufnahme in die Kategorie der Grundsicherungsbeziehenden

Normative Bezüge:
Not, Leid, Humanität

Verhandlungen im Bundestag



„Wir wollen Menschen verlässlich absichern, die in existentielle Not geraten sind“ (Hubertus Heil, SPD, 13.10.2022)

Ergebnis der Debatten/Niederschlagung im Bürgergeld:

- Normative Bezüge ähneln sich zwar rhetorisch, aber keine Thematisierung von Saids Anliegen.
- Durch das Schweigen und die Nichtthematisierung werden Grenzziehungen anhand von „belonging“ nicht angetastet und zementiert

Klassifikationskämpfe „von unten“: Interne Kritik an Klassifikationen

Interviewte



Langzeit-erwerbslose, permanente Abarbeitung an negativen Zuschreibungen

Forderung:
Entstigmatisierung der Klassifizierung, Bessere finanzielle Absicherung für mehr Selbstbestimmung

Normative Bezüge:
Gleichheit und „Deservingness“ qua Menschsein, mehr Selbstbestimmung und Autonomie

Verhandlungen im Bundestag



„Wir sorgen für ein Ende der Stigmatisierung von bedürftigen Menschen. Wir geben Menschen wieder mehr Vertrauen in unseren Sozialstaat“ (Stephanie Aeffner, die Grünen, 13.10.2022)

„Derjenige, der arbeiten geht, muss stets mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet.“ (Jens Teutrine, FDP, 13.10.2022)

„Die Qualität des Sozialstaats bemisst sich daran, wie sehr er in der Lage ist, Menschen zu einem selbstbestimmten Leben in Arbeit zu bringen“ (Hubertus Heil, SPD, 10.11.2022)

Ergebnis der Debatten/Niederschlagung in Bürgergeld:

- Wording ähnelt sich: „Augenhöhe“, etc., aber dennoch Rechtfertigung von finanzieller Knappheit für Erwerbslose
- Idee eines freien und selbstbestimmten Lebens fernab von Lohnarbeit wird weitestgehend ignoriert oder problematisiert.
- "Vertrauenszeit" setzt sich im Bürgergeld nicht durch

Klassifikationskämpfe „von unten“: Externe Kritik

Interviewte



Alleinerziehende,
Aktive in
Erwerbsloseninitiativen etc.

Forderung:
Möglichkeiten
dauerhafter
Lebensformen und
Care-Beziehungen
abseits der
Erwerbsarbeitsnorm

Normative Bezüge:
Solidarität und Sorge
füreinander

Verhandlungen im Bundestag



"Das Bürgergeld ist kein
bedingungsloses Grundeinkommen"
(Hubertus Heil, SPD, 13.10.2022)

„Die Statistik zeigt, dass es [...] zum Beispiel auch für
Alleinerziehende sehr schwer ist wieder in Arbeit zu kommen.
Hier geht es doch darum, zu empowern, zu qualifizieren,
umzuschulen" (Annika Klose, SPD, 13.10.2022)

Ergebnis der Debatten/Niederschlagung in Bürgergeld:

Keine Entsprechungen, stattdessen:

- Mehr Qualifikationsmöglichkeiten für Alleinerziehende
- Problematisierung eines „Einrichtens“ im Bürgergeld
- Solidarität u.a. als Solidarität mit Steuerzahlenden

Fazit

Inwiefern findet angesichts gegenwärtiger Krisen ein normativer Wandel in Bezug auf die Bewertung von Erwerbslosigkeit in Deutschland statt?

- Kein grundlegender normativer Wandel im politischen und medialen Diskurs, sondern eine diskursive Ausdifferenzierung in neue und alte Arbeitslose sowie ein rhetorischer Wandel hin zu weniger stigmatisierenden Begriffen bei gleichbleibenden normativen Bezügen
- Klassifikationskämpfe „von unten“ verweisen auf neue/vielfältige normative Bezugspunkte, die eine Hierarchisierung von Arbeitenden und Nichtarbeitenden zunehmend in Frage stellen. Diese finden zwar teilweise rhetorische Entsprechungen in den Bundestagsdebatten – beispielsweise wenn von Selbstbestimmung, Hilfe für Menschen in Not oder Solidarität gesprochen wird –, grundlegende kategoriale und normative Neubestimmungen bleiben jedoch aus.

Vielen Dank!

Kontakt:

Ruth Manstetten
Goethe Universität Frankfurt am Main
Institut für Soziologie, Schwerpunkt für soziale Ungleichheit
manstetten@em.uni-frankfurt.de